



Luzern, 11. Dezember 2009

Medienmitteilung

Polizeibeamtenverband zeigt den Eidgenössischen Räten die Rote Karte

Wieder haben die Eidgenössischen Räte in der laufenden Wintersession einen Beschluss gefasst, der für den Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB nicht nachvollziehbar ist: Künftig dürfen auch private Firmen zur Erfassung biometrischer Daten angestellt werden, welche zur Ausstellung von Visa für die Schweiz und den Schengen-Raum benötigt werden. Gestern Donnerstag ist der Nationalrat stillschweigend auf den Kurs des Ständerates eingeschwenkt und hat den Antrag der Einigungskonferenz abgesehen. «Wir sind einmal mehr vom Privatisierungswahn der Bundespolitik tief enttäuscht», kommentiert VSPB-Generalsekretär Max Hofmann den Beschluss der Grossen Kammer. Für den Polizeibeamtenverband ist es eine kapitale politische Fehlleistung, wenn man Privaten den Zugriff auf das zentrale Visa-Informationssystem und damit auf eine europaweite Datenbank gestattet. Es handle sich dabei um Fotos und elektronisch erfasste Fingerabdrücke, also um äusserst sensible, sicherheitsrelevante Daten, die unter keinen Umständen in falsche Hände geraten dürfen, begründet Hofmann die Empörung seines Verbandes. Es gäbe genügend Aufgaben, ist er überzeugt, die Private wahrnehmen können, ohne dass der Staat hoheitliche Kompetenzen auslagern muss. Der VSPB ist aber strikte dagegen, dass die Schweiz mit dem hochsensiblen Datenmaterial auch ihre hoheitlichen Kompetenzen verkauft. Eine Studie, die er vor geraumer Zeit durch die Universität Bern erstellen liess, hält die Problematik im Zusammenhang mit der Auslagerung staatlicher Aufgaben an Private klar fest: Die Autoren raten ausdrücklich von einer Privatisierung ab, wenn intime Bereiche der Persönlichkeit tangiert sind. «Die Politik will einen neuen Schritt in Richtung Privatisierung machen. Das ist für uns nicht tolerierbar. Wir müssen hier die rote Karte ziehen», gibt Max Hofmann kämpferisch zu Protokoll.

Weitere Informationen erteilen:

Heinz Buttauer, Präsident VSPB, Tel. 076 433 16 28

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64